Rudi / Vorlage 3 (=Fortsetzung von 2) zum AK-Termin am 10.01.2020 Stand: 9.1.2020

**Wo kommen wir her – wo wollen wir hin - eine neue Zeit beginnt:**

**Grundsätze zukunftsorientierter sozialdemokratischer Politik**

Gesetzliche Vorgaben des Bundes und des Landes sind die Grundlage für mögliche Initiativen und Entscheidungen in den kommunalen Räten, aber auch in der Region. Insofern gibt es nicht selten einen Dissenz zwischen dem, was vor Ort gewünscht und dem, was aufgrund übergeordneter Vorgaben möglich ist. Einige Grundsätze unserer Forderungen an eine sozialdemokratische Politik möchten wir wie folgt beschreiben:

* Die Forderung nach Aufstockung des **gesetzlichen Mindestlohnes** auf mindestens 12 Euro ist ebenso wie die Einführung einer **Kindergrundsicherung** eine zentrale Forderung an die Bundespolitik. Vor Ort sind wir ständig damit konfrontiert, dass bei vielen Mitbürger\*innen das Geld zum täglichen Leben nicht ausreicht, dass die Bedürftigen, die beispielsweise auf Spenden der Tafel angewiesen sind, als auch die Kinderarmut zunimmt. Durch Unterstützung……Schuldnerberatung versuchen wir ….
* Die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung würde vielen Menschen helfen, ein würdevolles **Leben im Rentenalter** zu führen. Vor allem Frauen, die ihr Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, profitieren davon.
* In Deutschland entscheidet noch immer häufig die soziale Herkunft über die **Bildungschancen** von Kindern“ so der Bundespräsident Walter Steinmeier im Dezember 2019 unter Bezug auf die Ergebnisse der aktuellen Pisa-Studie. Seit Jahren zeigen Studien und Leistungstests, dass Kinder aus ärmeren Familien schlechtere Bildungschancen haben als Kinder, die in begüterten Verhältnissen groß werden. Bessere Bildung braucht entschiedeneres Handeln. Frühkindliche Förderung ist eine entscheidende Grundlage. Die Unterstützung in KiTas, Grundschulen und im Sek-I-Bereich muss sich an der Maxime orientieren, dass der sozialen Ungleichheit bei den angestrebten Bildungserfolg nachhaltig entgegengewirkt wird.
* **Migration/Integration**: Gute Deutschkenntnisse sind entscheidend dafür, dass Kinder mit Zuwanderungshintergrund erfolgreich sind, auch in Mathematik oder in den naturwissenschaftlichen Fächern. Aus diesem Grund muss massiv in die Qualität der frühkindlichen Bildung investiert werden. Wir tun……wir wollen…fordern
* Das Artensterben hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Die Insektenbestände gehen drastisch zurück. Der **Natur- und Artenschutz** muss konsequent durchgesetzt, der Flächenverbrauch durch Infrastruktur, Wirtschaft und Wohnen muss eingeschränkt werden. In Schutzgebieten, in Gärten sowie auf kommunalen Flächen müssen Pestizide verboten werden. Wir haben ein Programm „Blühflachen“ zum Arten- und Klimaschutz auf den Weg gebracht und wollen ……..städtische Flächen sowie private Gärten als Vorbilder für ….Diese Programme müssen intensiviert und ausgeweitet werden*.*
* Wir wollen die **Mobilitäts- und Verkehrswende**. Öffentlicher Personennahverkehr muss Vorfahrt bekommen - in der Preisgestaltung ebenso wie beim Ausbau der Infrastruktur. Der Güterverkehr muss nach Möglichkeit auf die Schiene verlagert werden. Burgdorf ist hier von der geplanten AlphaE-Variante vorrausichtlich betroffen. Hier müssen entsprechende Lärmschutzmaßnahmen garantiert werden, um solche Maßnahmen verträglich umzusetzen.
* Die **Ökologisierung der Landwirtschaft** und die Förderung regionaler Produkte muss vorangetrieben werden. DüngeVO.. Biologische Produkte…Massentierhaltung Verbraucherinformationen ….Klärschlamm….
* Die **Digitalisierung** muss sozial gestaltet werden. ….
* Wohnen ist Menschenrecht! Der Mangel an **bezahlbarem Wohnraum** ist die soziale Frage unserer Zeit. Vor allem für Familien, Alleinerziehende, Rentner und Studierende fehlt dieser. Über vierzig Prozent der Haushalte in den Großstädten müssen mehr als ein Drittel ihres Haushaltseinkommens für die Miete ausgeben. Das ist eindeutig zu viel. Wir begrüßen den Mietenstopp und die Einführung von Mietobergrenzen in den Gebieten, wo ….Mietwucher muss unterbunden werden. Die Wohnungsbauoffensive gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten der Bundespartei muss durch Handeln vor Ort unterstützt werden. Wer bauen will, braucht bezahlbare Grundstücke. Die Forderung der Bundestagsfraktion nach einem preislimitierten Vorkaufsrecht von Grundstücken für die Kommunen wird von der CDU abgelehnt. Wir begrüßen den Vorschlag des Bundesvorsitzenden der SPD zur Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer. Der extreme Wertzuwachs, wenn landwirtschaftliche Flächen zu Bauland werden, muss zugunsten der Kommunen abgeschöpft werden können, damit mehr Geld für den kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden kann. Wir brauchen eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik und die Stärkung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen. Gut 41 % aller Haushalte in der Region haben ein so geringes Einkommen, dass sie ein Anrecht zum Mieten in. Sozialwohnungen haben. Vor diesem Hintergrund wollen wir für mindestens 25% der neu erstellten Wohnungen eine lange Sozialbindung. In Burgdorf fehlen bis 2025 ca 1000 Wohnungen. Wir haben bereits……Nicht der Investor, der Mieter muss im Mittelpunkt der Überlegungen beim Wohnungsbau stehen! Bei einer Vergabe von Baugrundstücken an Investoren soll dieses bei einem möglichen Zuschlag garantiert werden. Die Festsetzung dieser Bedingungen wollen wir in den in den B-Plänen garantieren. *vgl. Münster/RegVeranstaltung 24.02.20* Beteiligung an der Wohnbauinitiative der Region….

„Leitgedanke sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist auch in Burgdorf eine lebenswerte Stadt mit ihren *florierenden* Ortsteilen. Die aktive Gestaltung und **nachhaltige Verbesserung des Lebens-, Arbeits- und Wohnumfeldes der Bürgerinnen und Bürger ist die ständige Herausforderung, der wir uns alle stellen wollen. Der Leitsatz „Stadt gestalten statt verwalten“ ist seit vielen Jahren für uns Prämisse des politischen Handelns der Aktiven in Partei und Fraktion. …. ► Wahlprogramm 2016-2021 / (*2021-2026)***